



Mit der Kostenbremse würden durch Unterfinanzierung Wartezeiten und Zweiklassenmedizin entstehen, weil der «erlaubte» Kostenzuwachs viel zu niedrig wäre.

Die Kostenbremse schafft grosse Probleme – und löst kein einziges

Kostenbremse-Initiative Vor den Abstimmungen vom 9. Juni wird mit Schreckensnachrichten Stimmung gemacht. Dies soll davon ablenken, dass die Kostenbremse kein einziges Problem löst. Im Gegenteil: Sie wird einem der besten Gesundheitswesen der Welt und allen, die es benötigen, massiv schaden.



Yvonne Gilli
Dr. med., Präsidentin der FMH

Ende März verkündete der Versicherer-
verband santésuisse wieder einmal
«dramatische» Kostensteigerungen
und lancierte damit seine Kampagne für die
Kostenbremse-Abstimmung am 9. Juni [1].
Die provozierten Schlagzeilen ohne seriöse
Datenbasis dürften nur der Auftakt dessen
sein, was uns in den kommenden zwei Monaten
erwartet. Wer sich noch erinnert, wie Gerhard
Pfister Gesundheitsfachpersonen als «Geldgieri-
ge» im «Selbstbedienungsladen» verunglimpfte
[2], ahnt, was hier noch folgen könnte.

Alarmismus im eigenen Interesse

Nicht nur Exponenten von Mitte-Partei und
santésuisse, auch andere Akteure haben
aktuell kein echtes Interesse an einer ehrlichen

Analyse der Situation und guten Lösungen im
Sinne von Versicherten und Patientinnen und
Patienten – sie verfolgen klare politische Ziele.
Die Mitte möchte mit ihrer Initiative politischen
Profit aus steigenden Prämien schlagen – ohne
sich mit konkreten Lösungsvorschlägen
angreifbar zu machen. Santésuisse möchte
sich als Fürsprecher der Prämienzahlenden
präsentieren – denen man nach Einführung
eines Kostendeckels in der Grundversicherung
viele gewinnbringende Zusatzversicherungen
verkaufen könnte.

Instrumentalisierung der Kosten

Dass die Kostenentwicklung im Sinne politi-
scher Ziele instrumentalisiert und sogar
skandalisiert wird, hat in der Gesundheitspolitik

eine lange Tradition. Sogar die Bundesverwaltung pflegt einen rhetorischen Daueralarm. So warnte der Bundesrat bereits vor 30 Jahren (!) im Abstimmungsbüchlein «Die Kosten für unser Gesundheitswesen steigen ungebremst. Für immer mehr Menschen werden die Prämien zu einer untragbaren Belastung» [3]. Auch in den letzten Jahren warb das BAG mit erschreckenden «Faktenblättern» und fragwürdigen Statistiken für mehr Regulierung [4,5]. Es warnte, wir würden «unser Gesundheitssystem an die Wand fahren» [6] und Bundesrat Berset drohte, ohne seine Reformen setze sich das «ungebremste Kostenwachstum» fort «bis das System irgendwann kollabiert» [7].

Nachweislich falsche Warnungen

Bis heute werden Katastrophennachrichten mit der Aussicht auf viele Klicks medial dankbar aufgenommen – und wenig kritisch hinterfragt. Weil sachliche Einordnungen deutlich weniger Raum erhalten, weiss kaum jemand, dass viele Warnungen nachweislich falsch sind: Die Kostenentwicklung beschleunigt sich nicht, wie die «Experten» des Bundesrats behaupteten – im Gegenteil: sie flacht international und in der Schweiz seit etwa 15 Jahren ab [8]. In der Schweiz wuchsen die Kosten seit 2019 nicht mehr stärker als die Wirtschaftskraft – auch für die nächsten Jahre wird Stabilität erwartet [9].

Es braucht soziale Finanzierung ...

Trotzdem fallen die Schreckensszenarien auf fruchtbaren Boden: Die mittleren Prämien von aktuell 427 Franken für Erwachsene, 301 Franken für 19 bis 25-Jährige und 112 Franken für Kinder [10] beanspruchen im Durchschnitt knapp 7% der Bruttohaushaltseinkommen [11]. Damit sind sie für alle Haushalte spürbar – und für einige auch eine erhebliche Belastung. Auch wenn 40% der Kinder und jungen Erwachsenen ihre Prämien zu 80% beziehungsweise 69% verbilligt erhalten [12], lassen einige Kantone deutlich zu hohe Belastungen zu [13]. Hier braucht es Nachbesserungen für eine sozial ausgewogene Finanzierung.

... für ein starkes Gesundheitswesen

Gleichzeitig müssen wir aber die Stärken unseres Gesundheitswesens erhalten: Gemäss den Daten der OECD [14] verhindert kein anderes Land so erfolgreich wie die Schweiz vermeidbare Todesfälle. Auch unser allgemeiner Zugang zu einer guten Versorgung ist einzigartig! In keinem anderen Land auf der Welt ist eine so überwältigende Mehrheit – nämlich 94% der Bevölkerung – zufrieden mit der Zugänglichkeit und Qualität der Gesundheitsversorgung.

Die Kostenbremse ist unsozial

Mit der Kostenbremse würde sich dies massiv ändern: Die Ausgaben der Grundversicherung würden an die Wirtschaftsentwicklung gekoppelt. Damit würden Leistungen nicht mehr abhängig vom *Bedarf* finanziert, sondern abhängig von der *Konjunktur*. In wirtschaftlichen Krisen dürfte die Patientenversorgung weniger kosten – also genau dann, wenn sie am meisten benötigt wird. Am Eindrücklichsten lässt sich die falsche Koppelung am Beispiel der COVID-Pandemie zeigen. Die Wirtschaft musste mit Milliarden unterstützt werden und die teure Intensivmedizin wurde beansprucht wie noch nie.

Zweiklassenmedizin und Rationierung

Wo ein Gesundheitswesen unterfinanziert ist, entstehen Wartezeiten und Zweiklassenmedizin. Dies wäre mit der Kostenbremse nicht nur in Wirtschaftskrisen und Pandemien zu befürchten. Auch in «normalen» Zeiten könnte die Grundversicherung immer weniger Leistungen übernehmen, weil der laut Initiative «erlaubte» Kostenzuwachs viel zu niedrig ist. Notwendige Versorgungsleistungen müssten also privat bezahlt werden – oder würden nicht erbracht. Vor allem die Grundversorgung, die sich fast ausschliesslich aus der Grundversicherung finanziert, würde darunter leiden. Diese Rationierung, vor der auch der Bundesrat warnte, trafe vor allem einkommensschwächere Haushalte und Familien: Die Kostenbremse würde genau denjenigen schaden, denen sie angeblich helfen soll.

Kostenbremse bringt keine Lösungen

Hätte die Mitte-Partei mehrheitsfähige Lösungen für eine Kostendämpfung, hätte sie diese zur Abstimmung gebracht. Weil sie aber keine Lösungen hat, fordert sie ein Kostenziel – ohne zu sagen, wie es erreicht werden soll. Dies sollen «Massnahmen» richten, die Jahr für Jahr noch mehr Bürokratie brächten. Dass «Kostenbremsen» kein Geld sparen, zeigen die Erfahrungen anderer Länder wie Deutschland oder Frankreich: Sie haben höhere Kosten und eine schlechtere Versorgung [16].

Was tut die FMH?

Es wären die Gesundheitsfachpersonen, die künftig Patientinnen und Patienten nicht mehr versorgen könnten, wie diese es brauchen. Wir müssen darum heute für unsere gute Gesundheitsversorgung eintreten und verhindern, dass am 9. Juni 2024 mit falschem Alarmismus eines der weltweit erfolgreichsten Gesundheitssysteme bachab geschickt wird. Um der Stimmbevölkerung die verheerenden Auswirkungen der Initiative aufzuzeigen, haben zahlreiche Organisationen aus dem

Gesundheitswesen eine überparteiliche Kampagne lanciert. Auf der Kampagnen-Website www.nein-zur-kostenbremse.ch erfahren Sie auch, was Sie für eine klare Ablehnung der schädlichen «Kostenbremse» tun können.

Und was können SIE tun?

Abonnieren Sie den Newsletter der Kampagne und folgen Sie ihr auf den sozialen Medien. So bleiben Sie auf dem Laufenden, erfahren Möglichkeiten zum Mithelfen und können die Inhalte weiterverbreiten. Auf der Website können Sie mit einem Beitritt zum Abstimmungskomitee und einem persönlichen Testimonial die Kampagne unterstützen.

Sie können an Ihrem Arbeitsort vor der Kostenbremse warnen, zum Beispiel über Screens, Flyer in den Wartezimmern, das Tragen eines Kampagnen-Buttons oder ein Kampagnensujet in Ihrer Mailsignatur und auf Ihrer Website. Sie können sich auch auf regionaler Ebene engagieren, wo einzelne Persönlichkeiten als glaubwürdige Absender die grösste Wirkung erzielen! Sie können zum Beispiel in Ihrem regionalen Komitee mitarbeiten, bei Flyeraktionen helfen, Inserate mit Ihrem Testimonial in den regionalen Medien schalten oder bei Anlässen in Ihrer Region über die schädliche Kostenbremse informieren. Kostenloses Material für Ihre Aktivitäten erhalten Sie über die Kampagnen-Webseite oder unter [info\[at\]kostenbremse-nein.ch](mailto:info[at]kostenbremse-nein.ch).

Wer sich weniger exponieren möchte, kann die Kampagne zum Beispiel durch eine Spende unterstützen. Und vor allem kann jeder und jede von Ihnen sein oder ihr persönliches Umfeld informieren und motivieren am 9. Juni 2024 die schädliche Kostenbremse mit einem klaren NEIN abzulehnen!

Vor diesem politisch herausfordernden Hintergrund ist es umso wichtiger, dass sich kompetente Ärztinnen und Ärzte politisch und standespolitisch engagieren – für die Ärzteschaft und für eine gute medizinische Versorgung für alle. Am 6. Juni 2024 finden die FMH-Gesamterneuerungswahlen statt. Wir danken allen Kandidierenden, die sich zur Wahl stellen. Diejenigen Kandidierenden, welche ihr Profil fristgerecht zur Publikation bei der FMH eingereicht haben, stellen sich auf den Seiten 26 bis 42 in einem Porträt vor.



Literatur

Vollständige Literaturliste unter www.saez.ch oder via QR-Code